

Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer in Deutschland e.V. (AEU)
Bund Katholischer Unternehmer e.V. (BKU)

Globalisierung

Chance für alle

Mai 2003

Herausgegeben vom Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer in Deutschland e. V. (AEU), Karlstraße 84, 76137 Karlsruhe, Telefon (0721) 35 23 70, Telefax (0721) 35 23 77, E-Mail: info@aeu-online.de, und dem Bund Katholischer Unternehmer e. V. (BKU), Georgstraße 18, 50676 Köln, Telefon (0221) 272 37-0, Telefax (0221) 272 37-27, E-Mail service@bku.de.

Das Manuskript wurde von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aus Mitgliedern von AEU und BKU erarbeitet und von den Vorsitzenden am 5. Mai 2003 verabschiedet.

Redaktion: Stephan Klinghardt, Karlsruhe

Copyright by AEU und BKU 2003.

Inhalt

Einführung	5
1. Was ist Globalisierung? Die Fakten	6
1.a. <i>Internationaler Handel und Direktinvestitionen</i>	7
1.b. <i>Portfolioinvestitionen und Finanzarbitrage</i>	7
2. Was bringt die Globalisierung? Chancen und Risiken	8
2.a. <i>Werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer?</i>	10
2.b. <i>Standortwettbewerb: Wo führt das hin?</i>	12
2.c. <i>Gehen uns die Arbeitsplätze verloren?</i>	13
2.d. <i>Ist der Sozialstaat in Gefahr?</i>	14
2.e. <i>Nimmt die Wirtschaft der Politik das Heft aus der Hand?</i>	14
2.f. <i>Geraten die internationalen Finanzmärkte außer Kontrolle?</i>	16
3. Was ist zu tun? Gestaltungsmöglichkeiten	17
3.a. <i>Sozialstandards</i>	17
3.b. <i>Tobin-Steuer und andere Einschränkungen des freien Kapitalverkehrs</i>	19
3.c. <i>Schuldenerlass</i>	21
3.d. <i>Entwicklungszusammenarbeit</i>	23
3.e. <i>Marktöffnung und Abbau von Subventionen</i>	23
3.f. <i>Internationale Wettbewerbsordnung</i>	24
Schlusswort	26
10 Thesen	28

Einführung

Das Wort von der Globalisierung ist ein Phänomen. Der Begriff weckt bei vielen Menschen wenig positive Assoziationen, sondern vielmehr Ängste, Besorgnis, mitunter diffuse Befürchtungen, ein Gefühl der Ohnmacht – und schließlich Ablehnung. Die Diskussion über die Globalisierung wird mit großer Emotionalität geführt. Wie viele Demonstrationen von Seattle über Genua bis Stockholm gezeigt haben, ist auch die Schwelle zur Gewalt oftmals rasch überschritten. Emotionen als Ausdruck einer normativen Wertung haben ihre Berechtigung. Doch dabei darf es nicht bleiben. Für die Meinungsbildung in Kirchen und Gesellschaft, für die persönliche Orientierung und das politische Geschäft müssen normative Wertungen mit einer umfassenden Analyse verzahnt werden. An die Stelle emotionaler Gegenreaktionen tritt dann eine ausgewogene Berücksichtigung aller Argumente. Auch die christliche Option für die Schwachen kann von dieser Pflicht zur vernünftigen Beurteilung nicht entbinden.

Der Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer und der Bund Katholischer Unternehmer begrüßen es daher, dass in ihren Kirchen ein Prozess der konstruktiven Meinungsbildung zu Fragen der Globalisierung eingesetzt hat (vgl. Deutsche Bischofskonferenz 1999 und 2001 sowie Synode der Evangelische Kirche in Deutschland 2001). Als christliche Unternehmerinnen und Unternehmer versuchen wir, unsere Freiheit mit sozialer Verantwortung zu verbinden. Als unternehmerisch tätige Christen sehen wir es als unsere Verpflichtung an, für eine freiheitliche Gestaltung unserer Gesellschaften einzutreten. Denn auch um die Bewahrung der Freiheit muss immer neu gerungen werden. Dabei kann unser Denken und Hoffen – im Lichte der universalen Heilsbotschaft Jesu Christi – nicht nationalstaatlich orientiert sein.

In diesem Sinne beteiligen wir uns an der Diskussion über die Globalisierung – unter anderem mit dieser Handreichung: Nach einer Rückbesinnung darauf, was Globalisierung heute heißt (1), werden deren Chancen und Risiken erörtert (2). Das abschließende Kapitel ist den Gestaltungsmöglichkeiten gewidmet (3).

1. Was ist Globalisierung? Die Fakten

Als Globalisierung bezeichnet man den Prozess der zunehmend arbeitsteiligen Verflechtung der Welt. Sie ist damit zunächst ein wirtschaftliches Phänomen, erstreckt sich letztlich aber auf sämtliche Bereiche des menschlichen Lebens, auf Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur. Diese Form der Verflechtung der Welt drückt sich vor allem in einem kräftigen Wachstum von Handelsvolumen und Direktinvestitionen aus, verbunden mit einer Internationalisierung der Produktion und einer zunehmenden Wanderung der Menschen von einem Ort zum anderen. Ermöglicht wird dies durch die absichtsvoll herbeigeführte Liberalisierung des internationalen Handels mit Gütern und Dienstleistungen, die Öffnung der Märkte für ausländische Investitionen in Form von Sach- und Finanzkapital, die moderne Transport- und Kommunikationstechnologie sowie durch eine politisch gewollte Freizügigkeit. Auf globalen Märkten findet dabei ein globaler Wettbewerb um Güter, Dienstleistungen und Produktionsfaktoren statt. Die Dimension des Marktes dehnt sich auf die ganze Welt aus; die Vielfalt des Angebots nimmt zu; die Kulturen begegnen einander.

Die Globalisierung ist nicht neu. Im Zuge des technischen Fortschritts in Verkehr und Kommunikation wurde die wirtschaftliche Verflechtung der Regionen, Staaten und der Erdteile immer enger. Diese Verflechtung ist politisch gewollt. Sie ist in vielen einzelnen oft mühevollen Schritten bewusst herbeigeführt worden. Nach dem Einbruch der Internationalisierung im Zuge der beiden Weltkriege stand neben der natürlichen Vorteilhaftigkeit der Arbeitsteilung auch der Gedanke, dass es zur Friedensstiftung keinen verlässlicheren Weg gibt, als Länder durch Handel zu einen, der für alle Beteiligten von Vorteil ist.

Auch hinter der Europäischen Union steht diese Hoffnung und Absicht. Als Startschuss für den nicht nur regionalen, sondern globalen Verflechtungstrend kann die Bretton-Woods-Konferenz von 1944 gesehen werden. Hier wurden die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) gegründet. Der Abbau von Handelsschranken und Zöllen im Rahmen des Gatt und später unter der Aufsicht der Welthandelsorganisation (WTO) setzten diese Entwicklung fort.

Die friedensstiftende Bilanz der marktwirtschaftlichen Globalisierung kann sich sehen lassen. Allein im Verlaufe des vergangenen Jahrzehnts hat sich die Zahl der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Staaten auf der Welt halbiert. Die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit aller Weltregionen trägt daran einen großen Anteil. Grenzüberschreiten-

des Eigentum, multinationale Unternehmen, Ressourcen in privater statt staatlicher Hand sind allesamt eine Bremse für Gewalt.

Heute weisen Wissenschaft und Finanzmärkte den bislang höchsten Integrations- und Globalisierungsgrad auf. Bei Technologien, Güter- und Dienstleistungsmärkten sind jene Branchen am stärksten globalisiert, die am kapitalintensivsten arbeiten. Die Bereiche Arbeitsmärkte, Bildung, Infrastruktur und Verwaltung hingegen sind noch hauptsächlich national geprägt. Denn besonders der sogenannte Faktor Arbeit ist vergleichsweise wenig mobil: Menschen sind heimatverbunden. Durch den Prozess der Globalisierung können immer mehr Menschen an der internationalen Arbeitsteilung partizipieren, ohne – wie in früheren Zeiten gezwungener Maßen – ihre Heimat dauerhaft verlassen zu müssen.

1.a. Internationaler Handel und Direktinvestitionen

Der Außenhandel der Nationalstaaten der Welt hat seit dem Zweiten Weltkrieg und dem Abschluss des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) jährlich um etwa 6% zugenommen. Dieser Zuwachs ist größer als das Wachstum der nationalen Sozialprodukte. Auch die traditionell exportorientierte deutsche Wirtschaft profitiert stark von dem wachsenden globalen Warenhandel.

Das Volumen der internationalen Direktinvestitionen hat ebenfalls rapide zugenommen, vor allem zwischen den Industrienationen der Welt, aber auch mit Entwicklungs- und Schwellenländern wie China. Während die Wertschöpfung in den neunziger Jahren um rund 50% zugelegt hat, hat sich der Strom der Direktinvestitionen mehr als verfünffacht. Zu den Direktinvestitionen zählt man den Auf- und Ausbau von Betriebsstätten im Ausland, den Erwerb von Beteiligungen oder Zusammenschlüsse mit Unternehmen im Ausland sowie die Zuführung neuer Mittel dorthin. Durch Direktinvestitionen entstehen immer mehr multinationale Unternehmen; die Welthandelskonferenz (Unctad) zählt mehr als 63.000 solcher Konzerne. Man unterscheidet in der Regel zwei Motive für Direktinvestitionen: die Nutzung günstiger Produktionsfaktoren oder die Erschließung eines neuen Absatzmarktes.

1.b. Portfolioinvestitionen und Finanzarbitrage

Neben dem internationalen Güter- und Dienstleistungshandel sowie den Direktinvestitionen haben sich vor allem die Volumina vervielfacht, die auf den liberalisierten Finanzmärkten bewegt werden. So hat sich das

Volumen des Anleihehandels in den neunziger Jahren versiebenfacht, während der Bestand an Anleihen "nur" um das Doppelte gestiegen ist, das Volumen des Aktienhandels kletterte um das Zehnfache, während sich der Bestand verdreifachte. In ihrer Struktur ähnelt diese Entwicklung dem Geschehen im realwirtschaftlichen Bereich: Noch mehr als die Wertschöpfung wachsen in der Globalisierung die zwischengeschalteten Transaktionen.

Dazu haben vor allem die sogenannten innovativen Finanzinstrumente beigetragen, vor allem Derivate (Swaps, Terminkontrakte, Optionen). Diese dienen dazu, mit möglichst geringer Kapitalbindung auch kurzfristig Preisänderungsrisiken in den Griff zu bekommen und damit Geschäfte abzusichern (Hedging) sowie vorhandene Renditeunterschiede vorteilhaft zu nutzen (Arbitrage). So erlaubt der Handel mit Optionen, dass man – für einen bestimmten Preis – das Recht kaufen oder verkaufen kann, zu einem bestimmten Zeitpunkt oder in einem bestimmten Zeitraum eine im vorhin ein festgelegte Menge eines Gutes oder eines Wertpapiers zu einem ebenfalls vorab bestimmten Preis zu kaufen oder zu verkaufen. Der Preis des Kauf- oder Verkaufsrechts spiegelt dabei die Einschätzung der Marktteilnehmer wider, was eine solche Option wert ist. Darin liegt eine wertvolle Knappheits- und Risikoinformation. Wenn es solche Absicherungs- und Verdienstmöglichkeiten nicht gäbe, wären gerade risikobehaftete Anlagen benachteiligt – zum Beispiel die Unternehmen in Entwicklungsländern. Denn der grenzüberschreitende Handel mit Vermögenswerten ermöglicht, dass Kapital von den Ländern, in denen es reichlich vorhanden ist, in jene Länder strömt, in denen es knapp ist, gesteuert von Renditeunterschieden. Damit werden die internationalen Knappheitsverhältnisse angeglichen.

2. Was bringt die Globalisierung? Chancen und Risiken

Auf der Habenseite der Globalisierung stehen neue Chancen, Fortschritt und Wohlstand. Die Globalisierung ist ein Prozess, der Menschen, Handel, Investitionen, Kommunikationssysteme, Demokratie, Marktwirtschaft und die Respektierung der Menschenrechte über nationale Grenzen hinaus wachsen lässt, mit dem Ergebnis, dass die Bürger von mehr Möglichkeiten im Alltagsleben profitieren, von mehr greifbaren Freiheiten. Das beginnt bei einer größeren Vielfalt im international verfügbaren Waren- und Dienstleistungsangebot zu vergleichsweise günstigen Preisen, setzt sich fort mit einer breiteren Auswahl auf der Suche nach einem Arbeitgeber, nach einem kulturellem Angebot von bestimmter Qualität,

überhaupt nach dem jeweils angestrebten Lebensumfeld. Die Globalisierung vergrößert das Angebot an Alternativen.

Aber die Globalisierung stärkt nicht nur die individuellen Freiheiten, sie fördert direkt die wirtschaftliche Effizienz. Sie stärkt die Rolle des Wettbewerbs als Antriebsmotor für Effizienz und Innovation: Global konkurrieren mehr Anbieter miteinander als bloß national. Da treffen Unternehmen mit unterschiedlichen Produktionstechnologien und Kostenstrukturen aufeinander, die sich nunmehr global bewähren müssen. Der deutsche Ökonom Carl Christian von Weizsäcker nennt die Globalisierung dementsprechend auch einen Modernisierungsprozess der Welt, einen Prozess der "zunehmenden Verfeinerung der Arbeitsteilung".

In weltumspannender Ausdehnung kann der Markt seine wohlfahrtsfördernde Kraft voll entwickeln. Durch den Freihandel gelangen tendenziell die mobilen Faktoren in die produktivsten Verwendungsrichtungen, das Kapital wandert "zum besten Wirt". Die Produktionsfaktoren werden gemäß dem Prinzip der komparativen Vorteile sinnvoll geleitet. Das setzt allerdings entsprechende Rahmenbedingungen in den beteiligten Ländern voraus, allen voran Rechtssicherheit und Garantie des privaten Eigentums. Von der marktwirtschaftlichen Globalisierung kann dabei jedes Land der Erde durch Spezialisierung im Handel profitieren.

Bestes Beispiel dafür ist die Bundesrepublik Deutschland, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs den Rechtsstaat und die Soziale Marktwirtschaft eingeführt hat und sich auf dieser Grundlage erfolgreich in die internationale Arbeitsteilung eingegliedert hat.

Das alles zeigt: Die Globalisierung ist kein Nullsummenspiel, sondern ein Prozess, in dessen Verlauf "der Kuchen" größer wird, an dem alle partizipieren können und sollen.

Doch die Globalisierung ist weit mehr als ein statischer Mechanismus zur Herstellung einer möglichst großen Wirtschaftsleistung. Sie wirkt dynamisch, gleichsam als Katalysator eines Wettbewerbs, der zwangsläufig ein ergebnisoffenes gesellschaftliches Entdeckungsverfahren darstellt. Auf der Suche nach besseren Lösungen werden laufend alte Strukturen obsolet. Das Neue verdrängt so manches, was vor kurzem noch als gut gegolten hat. In dieser innovativen Kraft liegt die Chance der Globalisierung für die Menschheit – für eine Menschheit, die nicht im Paradies lebt und akzeptieren muss, dass sie dieses selbst zu schaffen auch nicht in der Lage ist. Noch viel weniger trägt die Vorstellung, dass Einzelne oder Gruppen im Stande wären, den Gesamtprozess der Weltentwicklung überblicken und steuern zu können.

2.a. Werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer?

Viele Menschen sehen auf der Sollseite der Globalisierung vor allem soziale Mängel und Risiken, von wachsenden Einkommensunterschieden in der Welt bis hin zur Gefährdung des Sozialstaates.

Eine Sorge im Zusammenhang mit der Globalisierung fußt auf der These, dass diese zu wachsender Ungleichheit führt. Es sei nicht hinzunehmen, heißt es, wie die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern aus der Globalisierung innerhalb einzelner Volkswirtschaften und zwischen Volkswirtschaften zunehme. Das sei nicht gerecht.

Zu hinterfragen ist zunächst ein solches Verständnis von Gerechtigkeit: Ökonomische Gleichheit kann kein Selbstzweck sein und ist es in der Diskussion philosophischer und theologischer Gerechtigkeitsentwürfe auch nie gewesen. In Gesellschaften, die sich an der Idee der Freiheit des Individuums orientieren, kann dies ohnehin nicht anders sein, allenfalls im Sinne von Chancengleichheit. Dass es im individuellen und gemeinschaftlichen Leben nicht nur aufwärts geht, dass es Phasen des Erfolgs und des Scheiterns gibt, dass Menschen Gewinner oder Verlierer sein können, gehört zu den Bedingungen der (noch) nicht erlösten Welt. Daher muss energisch widersprochen werden, wenn die "Option für die Schwachen" mit einer "Option gegen die Starken" verwechselt wird. Sündenböcke für alle Übel gab es in der Geschichte schon zu viele. Nicht ökonomische Gleichheit kann das Ziel sein, sondern Hilfe für den, der in der konkreten Situation zum Nächsten wird, ist der Auftrag.

Das Streben sollte dahin gehen, die Möglichkeiten zur Teilhabe an der Welt-Gesellschaft – ökonomisch, politisch und kulturell – für die Mitmenschen zu vergrößern, gerade für die Schwachen. Wo Ungerechtigkeit nur an den Extremen bemessen wird – am Unterschied zwischen den Reichsten und den Ärmsten –, da ist das Leitbild einer anderen, unfreien Gesellschaft im Spiel, die auch den Schwachen nicht nützt.

Des weiteren ist eine rein relative Betrachtung, die auf die Einkommensunterschiede abstellt, überhaupt nicht zielführend. Denn dem wachsenden Abstand zwischen den Reichsten und den Ärmsten liegt eine allgemeine, absolute Niveauehebung zugrunde: Sowohl den Reichen als auch den Ärmsten geht es besser. Zumindest im – statistisch unvermeidlichen – Aggregat haben alle von der Globalisierung profitiert. Zwischen 1965 und 1998 hat sich das durchschnittliche Einkommen auf der Welt fast verdoppelt, von knapp 2.500 Dollar auf gut 4.800 Dollar, um Kaufkraftunterschiede und Preisentwicklung bereinigt. Und dies war keineswegs allein von den reichen Ländern getrieben: Das oberste Fünftel der

Weltbevölkerung erlebte einen Einkommenszuwachs von gut 8.300 Dollar auf mehr 14.600 Dollar, das ist ein Zuwachs von rund 75%. Doch gleichzeitig hat sich das Einkommen des untersten Fünftels von etwa 550 Dollar auf knapp 1.140 Dollar mehr als verdoppelt (Norberg, 25). Mehr als 3 Milliarden Menschen sind von der Armut befreit. Wie die Fachleute vom Development Program der Vereinten Nationen (UNDP) schreiben, ist in den vergangenen fünfzig Jahren die Armut deutlich stärker zurückgegangen als in den vorausgehenden 500 Jahren. Analoge Erfolge gelten für die Lebenserwartung und die Kindersterblichkeit.

Außerdem gehören zum Handel immer zwei Seiten: Die Menschen in den ärmeren Ländern der Welt profitieren gerade von den wohlhabenden Abnehmern ihrer Exporte in den reicheren Staaten. Niemals zuvor in der Geschichte hat sich die Lebenssituation so vieler Menschen auf der Welt so rasch und so deutlich verbessert wie in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, das heißt vor dem Hintergrund der Globalisierung. Sie ist nicht der Feind der Armutsbekämpfung, sondern deren größte Chance – mit der Konsequenz, dass sich auch die Lage der Frauen und Kinder verbessert sowie dass die Bildungschancen steigen.

So zeigt eine Vielzahl von Statistiken, dass in der Tabelle des Wohlstandes jene Länder ganz oben stehen, die sich dem globalen Wettbewerb stellen. Das gilt insbesondere für die Entwicklungsländer: Gerade eine ganze Reihe ehemals extrem armer Länder hat durch Öffnung für den Welthandel und Teilnahme an der marktwirtschaftlichen Globalisierung große Fortschritte erzielt. Zwischen 1975 und 2000 ist es beispielsweise den (nicht Erdöl exportierenden) Entwicklungs- und Schwellenländern gelungen, ihren Anteil am Weltexport von 18% auf 30% zu steigern. Besonders deutlich war der Fortschritt in Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan, deren Anteil am Welthandel von 3% auf 10% gestiegen ist, wobei sich die Produktpalette von der einfachen Lohnfertigung beispielsweise in der Textilindustrie hin zu echten Industriewaren gewandelt hat. Diese Länder haben sich über die Jahre erfolgreich in die internationale Arbeitsteilung integriert. Der globale Markt gibt ihnen die Chance, rasch aufzuholen. Ganz unten jedoch stehen die, die sich abschotten oder die durch politische Instabilität, Mängel in der Rechtssicherheit und fehlende Garantie des Eigentums ihre Chancen auf Teilhabe am globalen Wohlstandsgewinn verspielen (jüngstes Beispiel Zimbabwe).

Das zeigen auch zwei Indizes, in die unter anderem die Außenhandelsfreiheit einfließt: der "Index of Economic Freedom" der Heritage Foundation in Washington und der Index der "Economic Freedom of the World" vom Fraser Institute in Vancouver. Beide Indizes zeigen eine

starke Korrelation zwischen wirtschaftlicher Freiheit und Wohlstand. Das unterste Fünftel der Länder, die sich am wenigsten für den Welthandel öffnen, kam 1998 gerade einmal auf ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von knapp 3.000 Dollar, während das oberste Fünftel der offensten Länder mehr als 22.000 Dollar erreichte. Das gilt nicht nur für die Bestände, sondern auch für die dahinterstehende Dynamik: Im untersten Fünftel ließ sich nur ein Wirtschaftswachstum von 0,5% erreichen, im obersten Fünftel betrug es durchschnittlich knapp 2,5%. Dabei verbuchten die zur Weltwirtschaft offenen Industriestaaten ein Wachstum von knapp 2,3%, die offenen Entwicklungsländer brachten es jedoch auf 4,5% (Norberg, 113).

2.b. Standortwettbewerb: Wo führt das hin?

Die Globalisierung intensiviert den Standortwettbewerb. Vergleiche zwischen verschiedenen Standorten auf der Welt sind nunmehr möglich und führen auch zu Konsequenzen: Wenn Waren und Dienstleistungen, Rohstoffe, Arbeitskräfte und Geldmittel nicht künstlich an einer Ortsveränderung gehindert werden, dann wandern sie in einer offenen internationalen Wirtschaft stets "zum besten Wirt", das heißt dorthin, wo sie am besten arbeiten und die größte Wertschöpfung erzielen können. Wo das ist, hängt wesentlich von den jeweiligen Rahmenbedingungen ab, zum Beispiel von der Sicherheit des Rechtssystems.

Eine entscheidende Rolle spielt die Wirtschaftspolitik. So wirkt zum Beispiel die Steuerbelastung, die Einzelpersonen und Unternehmen aufgebürdet wird, für mobile Produktionsfaktoren dann abschreckend, wenn ihrer Höhe kein entsprechender Nutzen gegenübersteht. Ähnliches gilt für Regulierung. Für die Politik, die für eine gedeihliche Wirtschaftsentwicklung im eigenen Lande sorgen soll, ergibt sich daraus der Zwang, die Interessen der mobilen Produktionsfaktoren zu berücksichtigen. Deren Mobilität macht sie zur Kontrollinstanz, die über die Rationalität der Politik wacht und sie permanent einfordert. Ihre Sanktion ist die Abwanderung.

In diesem Mechanismus stellt die Globalisierung für viele einen willkommenen Sündenbock dar. Internationale wirtschaftliche Prozesse sind abstrakt und haben keine Lobby; sie können mühelos als Verursacher von Problemen und Schief lagen angeklagt werden. So verstecken sich Regierungen gern hinter der schwachen Weltkonjunktur, die sie selbst nicht zu verantworten haben, um davon abzulenken, dass sie nicht die Kraft zu Reformen aufbringen. Und die Gewerkschaften verweisen gern auf ein angebliches, moralisch nicht hinnehmbares "Sozial- und Lohndumping" aus den Entwicklungsländern, dessen Überschwappen auf Deutschland zu verhindern sei, um einer Forderung nach Lohnsteigerungen Legitimität zu

verleihen, die der Produktivitätsentwicklung nicht entspricht und die Arbeitslosigkeit hierzulande erhöht.

2.c. Gehen uns die Arbeitsplätze verloren?

Auf einem funktionierenden Markt herrscht Wettbewerb. Im Wettbewerb gleichen sich die Preise an, auch auf dem Arbeitsmarkt. Als Ergebnis des internationalen Wettbewerbs haben Güter gleicher Qualität tendenziell den gleichen Preis; Arbeit gleicher Produktivität verdient den gleichen Lohn, Kapital gleichen Risikos erwirtschaftet die gleiche Rendite. Das heißt aber nicht, dass die Löhne und Preise systematisch nach unten gedrückt werden und dass der Standortwettbewerb zwangsläufig auf einen "race to the bottom" hinausläuft. Davor haben viele Menschen in Deutschland Angst.

Doch diese Angst ist übertrieben. Deutschland geht in der globalen Arbeitsteilung nicht die Arbeit aus. Im Gegenteil: Vor dem Hintergrund der Globalisierung ist die Zahl der Arbeitsplätze in den Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) seit 1970 um etwa 35% gestiegen (IW, 1. November 2001) und in den alten Bundesländern Deutschlands immerhin um etwa 20%. Dass das Problem woanders liegt, zeigen nicht zuletzt die Schätzwerte über die Schwarzarbeit: Jeder sechste Euro wird derzeit am Fiskus und den Sozialsystemen vorbei verdient. Die Abgabenlast treibt die Menschen in die Illegalität. Außerdem fallen im Zuge des wettbewerbsbedingten Strukturwandels zwar immer wieder Arbeitsplätze weg, zugleich entstehen aber neue Beschäftigungschancen in neuen Branchen.

Grundsätzlich folgt aus dem Druck des globalen Wettbewerbs nur, dass sich das Verhältnis von Löhnen und Produktivität angleicht. Das relevante Kriterium sind also die Lohnstückkosten. Ein Hochlohnland wie Deutschland braucht nicht die Löhne zu senken, um seine Arbeitsplätze zu bewahren, solange die Produktivität hoch genug bleibt. Allgemein gilt, dass die Arbeitnehmer in den Industrieländern mit mehr Technologie und Sachkapital ausgestattet sowie in der Regel besser qualifiziert sind als in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Auch die Beherrschung komplexer Prozesse und die Vernetzung von Wertschöpfungsketten gelingt in den entwickelten Industrieländern besser. Dank der höheren Produktivität können die Industriestaaten ihren komparativen Vorteil international zur Geltung bringen. Damit steigt auch in den Industriestaaten tendenziell die Realentlohnung, statt zu sinken – um so mehr, als die Importe von Waren und Dienstleistungen, die eine geringere Qualifikation voraussetzen, im Zuge der internationalen Arbeitsteilung günstiger zu haben sind.

Dass wir trotzdem Massenarbeitslosigkeit haben, hat nicht primär mit der Globalisierung zu tun, sondern ist ein strukturelles Problem: In Deutschland ist Arbeit sehr teuer. Was bei unseren hohen Arbeitskosten nötig wäre, um die Produktivität der Arbeit an dieses Niveau anzupassen, ist bekannt: flexiblere Löhne, flexiblere Regelungen für Einstellung und Kündigung, mehr Arbeitsmöglichkeiten für geringer Qualifizierte im Dienstleistungsbereich und ein ausreichender Abstand der Nettoentlohnung aus diesen Arbeitsverhältnissen zu Arbeitslosengeld und Sozialhilfe.

2.d. Ist der Sozialstaat in Gefahr?

Die Fakten lassen auch hier die Besorgnis übertrieben erscheinen. In den Industrieländern der westlichen Welt mit ihren großzügig ausgebauten Sozialstaaten lässt sich nicht nachweisen, dass im Zuge der Globalisierung die Staats- und Sozialausgabenquoten gesunken wären. Aus dem Standortwettbewerb hat sich vielmehr eine Verschiebung in der Finanzierung dieser Sozialsysteme ergeben, weg von der Besteuerung des mobilen Kapitals und der unternehmerischen Investitions- und Innovationskraft, hin zur Besteuerung von Arbeit und Konsum.

Im übrigen verhält es sich mit dem Sozialstaat ähnlich wie mit den Löhnen: Die Relationen zählen. Globalisierung ist nicht gleichzusetzen mit Zwang zum "Sozialdumping"; der Rationalisierungsdruck durch Standortwettbewerb bedeutet nicht, dass der Staat keine "öffentlichen Leistungen" mehr bereitstellen kann. Solange der deutsche Bürger beispielsweise ein dichter gewebtes soziales Netz als einige seiner Nachbarn haben möchte und dies selbst aus seinen Steuern und Abgaben finanziert, ist ihm das unbenommen. Hohe Steuern und Abgaben zur Finanzierung der sozialen Sicherung werden erst dann ein Hindernis, wenn der Bürger sie nicht zahlen will, weil er keine oder nur eine schlechte Gegenleistung erhält. Erst dann sind es lästige Abgaben, die nach Anpassung rufen. Wenn sich deutsche Arbeitnehmer und Arbeitgeber durch hohe Abgaben benachteiligt fühlen, liegt das nicht am indirekt zunehmenden, globalen Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, sondern an der mangelnden Entsprechung von Abgaben und Gegenleistungen. Aufgabe der Sozialpolitik in der Globalisierung ist es daher, die Balance wiederherzustellen.

2.e. Nimmt die Wirtschaft der Politik das Heft aus der Hand?

Verbreitet ist die Klage, die Globalisierung zerstöre das Primat der Politik, die Politik verliere an Handlungsspielraum und an Effektivität zugunsten der Interessen des mobilen Kapitals. Daran reiben sich viele

Menschen. Politische Entscheidungen sind im demokratischen Rechtsstaat von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen, die politisch Verantwortlichen haben ein Mandat. Für wirtschaftliche Prozesse, die sich "von selbst" ergeben, gelte dies nicht in gleicher Weise.

Zunächst zu dieser Klage: Die Wirtschaftspolitik ist nicht weniger effektiv, sondern ihre Fehler werden rascher erkannt. Wie es der frühere Vorsitzende des Sachverständigenrats, der Ökonom Juergen B. Donges, einmal ausgedrückt hat: "Das lange pathologische Lernen mancher Länder wie in früheren Zeiten ist heute nicht mehr möglich". Im weltweiten Standortwettbewerb fallen Politikirrtümer schneller auf – dann nämlich, wenn sich das Handelsvolumen verringert oder wenn das Kapital oder die Menschen abwandern. Die Globalisierung schränkt somit vor allem den Handlungsspielraum für schlechte Politik ein; sich dem entgegenzustellen, würde bedeuten, den Regierungen ein Recht auf schlechte Politik einzuräumen. Gute Politik ist leichter realisierbar, wenn die Vertreter von Partikularinteressen, die der Allgemeinheit schaden, immer öfter damit rechnen müssen, dass sie an sachliche Grenzen stoßen.

Zudem ist auch vor einer Idealisierung der Politik zu warnen. Erstens haben nicht alle Völker dieser Erde das Glück, in freiheitlichen Demokratien zu leben. Gerade für sie liegt in dem Rationalitätsdruck, der vom globalen Wettbewerb ausgeht, eine Chance, sich von den Eigeninteressen autoritärer Regimes zu befreien. Das beste Beispiel dafür ist China. Dieser nach wie vor totalitäre, die Menschenrechte verletzende Staat hat sich jedoch Stück für Stück geöffnet, immer mehr wirtschaftliche Freiheiten zugelassen und sich jetzt sogar den strikten Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) unterworfen, um von den Vorteilen der internationalen Arbeitsteilung profitieren zu können. Für die politische Führung des Landes war diese Öffnung ein Gebot der Klugheit und der Selbsterhaltung. Und der Bevölkerung des Riesenreiches geht es heute, wo sie an der Globalisierung partizipieren darf, deutlich besser als noch vor einem Jahrzehnt.

So schreibt auch die Globalisierungs-Enquêtekommision in ihrem Schlussbericht: "Zum Beispiel scheinen Transparenz gegenüber Menschenrechtsverletzungen, die Verfügbarkeit moderner Umwelttechniken sowie demokratische Grundstrukturen durch die wirtschaftliche Verflechtung gestärkt zu werden" (56). Auch diese Korrelation lässt sich mit Fakten beweisen. Derzeit gibt es 46 Länder auf der Welt, in denen Menschenrechtsverletzungen gang und gäbe sind. Dazu gehören u.a. Burma, Guinea, Irak, Kuba, Libyen, Nordkorea, Saudi-Arabien, Sudan, Syrien und Turkmenistan. Alles dies sind Länder, die keine marktwirtschaftliche

Grundordnung haben und daher auch am wenigsten von der Globalisierung profitieren.

Nicht zuletzt darf es auch schon deshalb kein Primat der Politik über alle Bereiche geben, weil das Mehrheitsprinzip, das in modernen Demokratien Entscheidungen legitimiert, nur einen begrenzten gesellschaftlichen Konsensanspruch verkörpert. Demgegenüber haben Marktprozesse eine eigene Dignität: Sie fußen ausschließlich auf freiwilligen und individuellen Entscheidungen.

2.f. Geraten die internationalen Finanzmärkte außer Kontrolle?

Die Finanzmärkte gelten als spekulativ und als irrational. Das Platzen der Blase an den Aktienbörsen der Welt scheint diesen Verdacht ebenso zu bestätigen wie die Serie von Finanzkrisen, welche die Welt erschüttert haben: Lateinamerika, Russland, Asien.

Doch eine solche Verurteilung wäre voreilig. Niemand legt Geld an, um es zu verlieren. Das spekulative Element liegt in der Natur der Sache und ergibt sich aus dem Zukunftsbezug der finanziellen Engagements: An den Finanzmärkten werden Einschätzungen und Erwartungen miteinander konfrontiert, in der Absicht, sich abzusichern oder Rendite zu erwirtschaften. Das sind zwangsläufig Wetten auf die Zukunft. Da sich der Marktwert eines Vermögenstitels aus der Summe aller erwarteten Nettoerträge ergibt, abgezinst auf den Zeitpunkt der Bewertung, wird durch die Konfrontation subjektiver Erwartungen auf dem Markt dafür gesorgt, dass die Vermögen in einer Art und Weise bewertet werden, in die ein Maximum an Informationen einfließt. Nur das ermöglicht eine rationale Disposition. Dann fließt das Geld dahin, wo es voraussichtlich am meisten lohnt. Gesamtwirtschaftlich erfüllen die Kapitalmärkte damit eine überaus nützliche Funktion – nur ist die menschliche Vorhersagefähigkeit nicht perfekt, auch im Zusammenspiel vieler Akteure auf den Finanzmärkten nicht. Gravierende Irrtümer sind möglich. Solange jeder für sein eigenes finanzielles Engagement haftet, ist das ordnungspolitisch unproblematisch: Jeder sollte wissen, worauf er sich einlässt, und Vorsorge treffen, um einen Verlust aushalten zu können.

Wirklich problematisch sind jedoch Fälle, in denen nicht die individuelle Entscheidung, sondern eine politische Intervention oder Unterlassungssünde der Auslöser oder eigentliche Verursacher von Krisen ist. Gerade dafür sind die meisten internationalen Finanzkrisen beste Beispiele. Viele Investitionen in instabilen Schwellenländern kämen gar nicht erst zustande, wenn die privaten Anleger nicht die großen Finanzinstitutionen

wie den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank hinter sich wüssten, die im Notfall bereitstehen ("bail out"). Dann wären die Volumina nicht so groß, und ein rapider Rückzug des ausländischen Kapitals hätte nicht so verheerende Folgen, unter denen letztlich die Bevölkerung des betreffenden Landes zu leiden hat. Nicht die Mobilität des Kapitals gilt es einzuschränken, sondern die Eigenverantwortung der Anleger vollständig in Anspruch zu nehmen.

Wie heilsam die flexible Reaktion des mobilen Kapitals auch in politischem und gesellschaftlichem Sinne ist, zeigen gerade die Finanzkrisen in Lateinamerika und Asien. Die menschenverachtenden lateinamerikanischen Diktaturen sind in den achtziger Jahren zusammengebrochen, weil das mobile (Finanz- wie Sach-) Kapital aus ihren hoch verschuldeten Volkswirtschaften floh. Demokratisierung und Öffnung sind auch in Asien auf die Krise gefolgt – weil Transparenz und Rechtsstaatlichkeit Grundvoraussetzungen sind, um internationales Kapital anzuziehen. Investoren meiden Länder mit unberechenbarer Politik und Korruption. Otmar Issing, der Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, hat das einmal so ausgedrückt: "Direktinvestitionen werden nicht im Dschungel getätigt."

3. Was ist zu tun? Gestaltungsmöglichkeiten

Die Globalisierung insgesamt lässt sich nicht mehr zurückdrehen. Angesichts der Verbesserung der Lebensbedingungen, die ihr zu verdanken ist, kann man sich das auch nicht wünschen. Die Frage, um die es daher geht, zielt auf die Gestaltungsmöglichkeiten. Denn auch wenn man anerkennt, dass die marktwirtschaftliche Globalisierung ein Positivsummenspiel ist, bleibt es wünschenswert, den Menschen, welche die Last der Anpassung tragen, einen höheren Anteil aus den daraus resultierenden Vorteilen zu verschaffen.

3.a. Sozialstandards

In vielen Entwicklungsländern leben und arbeiten die Menschen unter Bedingungen, die uns unzumutbar erscheinen (Zwangsarbeit, Kinderarbeit, etc.). Es ist ein Gebot der Nächstenliebe, darauf hinzuwirken, dass sich diese Bedingungen verbessern, und dass die Menschenrechte respektiert werden.

Die Frage ist nur, wie das zu bewerkstelligen ist: Durch Öffnung der Märkte auch für derart produzierte Waren, in der Hoffnung, dass sich dadurch die Lage der Menschen in den betreffenden Ländern bessert, so dass solcherlei bald nicht mehr notwendig ist? Oder durch Oktroyierung von Schutzvorschriften, die solche Bedingungen zumindest offiziell unterbinden. Hier geht es um die Forderung nach einem sozialen Regelwerk.

Mit der Entwicklung von Sozialstandards befasst sich die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Genf; 1998 hat sie in ihren "Kernarbeitsnormen" soziale Mindeststandards wie Koalitionsfreiheit, Arbeitssicherheit, Tarifverhandlungsrecht, Verbot von Zwangsarbeit, Kinderarbeit und Diskriminierung formuliert. So entwickelte Standards können unterschiedliche Verwendung finden, sie können von internationalen Organisationen vorgeschlagen sowie von Unternehmen oder Branchen in Verhaltenskodizes aufgenommen werden. Aber sie müssen auch den Interessen der betroffenen Länder gerecht werden.

Denn die politische Festschreibung solcher Normen ist häufig ein zweischneidiges Schwert. Oftmals steht dahinter nicht nur ein humanitäres Motiv, sondern die Überlegung, sich vor "unlauterer" Konkurrenz zu schützen. Auflagen und Restriktionen bringen für die betroffenen Länder immer eine Verteuerung der Arbeit mit sich. Wenn die Produktivität der Arbeit diese Verteuerung nicht deckt, sind weniger Beschäftigung oder geringere Löhne die Folge. Ein solcher Protektionismus nimmt den Menschen aus Entwicklungsländern die Chance, sich durch Einsatz ihrer Arbeitskraft aus der eigenen Misere zu befreien. Entsprechend wehren sich viele Entwicklungsländer gegen verbindliche Standards.

Der frühere Präsident von Mexiko, Ernesto Zedillo, hat das sarkastisch so ausgedrückt: "Leute der extremen Linken, der extremen Rechten, aus dem Lager der Umweltschützer und der Gewerkschaften haben sich in einer merkwürdigen Allianz versammelt. Sie will die Menschen der Entwicklungsländer schützen – vor der Entwicklung."

Ernstzunehmen ist hingegen die Befürchtung, wenn man solcherlei zulasse, leiste man der Verfestigung ausbeuterischer Praktiken Vorschub. Auch hier ist wieder der Blick auf die Fakten hilfreich. Zunächst nehmen die Löhne in der sogenannten Dritten Welt stetig zu. 1960 betrug der Durchschnittslohn eines Arbeiters in einem Entwicklungsland nur 10% des entsprechenden Lohns eines Arbeiters in Amerika. Heute sind es mehr als 30%.

Wie rasch und nachhaltig der Aufholprozess sein kann, führt das "Wirtschaftswunder" der ostasiatischen Schwellenländer vor Augen, die ebenfalls unter zweifelhaften sozialen Bedingungen gestartet sind. Der

Lebensstandard in Südkorea liegt heutzutage fast auf europäischem Niveau. In Indonesien ist der Anteil der Menschen, die in absoluter Armut leben, seit den sechziger Jahren von 58% auf 15% gefallen.

Das bestätigt die Voraussage der ökonomischen Theorie, wonach ein billiger Produktionsfaktor, je mehr er eingesetzt wird, bald nicht mehr so billig sein wird: Es gibt einen "race to the top" in den Entwicklungsländern, nicht etwa einen "race to the bottom" in den Industriestaaten.

Außerdem sei an einen Fall des amerikanischen Einzelhandelskonzerns WalMart erinnert: 1992 wurde bekannt, dass WalMart Kleidung verkaufte, die in Bangladesch unter Einsatz von Kinderarbeit hergestellt worden war. Der amerikanische Kongress drohte daraufhin, jegliche Importe aus Ländern zu verbieten, in denen Kinderarbeit bekannt war. Das hatte in Bangladesch politische Konsequenzen: Tausende von Kindern verloren ihre Arbeit. Internationale Hilfsorganisationen bemühten sich in der Folge, herauszufinden, was aus diesen Kindern geworden war. Was sie feststellten, war nicht beruhigend: Die meisten waren in illegale, schlechter bezahlte, zumeist gefährliche Beschäftigungen abgetaucht, viele sogar in die Prostitution.

Vor diesem Hintergrund ist es in der Regel vorzugswürdig, dem Globalisierungsprozess zu vertrauen. Die Selbstverpflichtungsinitiative vieler Unternehmen, selbst bestimmte Standards zu befolgen und dies dem Kunden mit Hilfe von entsprechenden Produkt-Labels (z. B. "rugmark") kundzutun, führt in dieser Hinsicht weiter. Jene Kunden, die freiwillig bereit sind, für die Einhaltung bestimmter Standards zu zahlen, sollen dies tun können. Wenn eine entsprechende Nachfrage jedoch nicht vorhanden ist, darf dies nicht zur Folge haben, dass den Menschen in den Entwicklungsländern die Chance genommen wird, sich selbst zu helfen. Denn die Gefahr von oktroyierten Sozialstandards liegt darin, dass der Handel ganz ausbleibt oder die sozialen Probleme nur verlagert werden. Das ist kein Ausweg.

Eine Ausnahme allerdings sollten solche Arbeitsbedingungen bilden, die in mit der Menschenwürde unvereinbarer Weise Leben und Gesundheit der Menschen gefährden.

3.b. Tobin-Steuer und andere Einschränkungen des freien Kapitalverkehrs

Die Idee der sogenannten Tobin-Steuer besteht darin, die fast bei Null liegenden Transaktionskosten auf den Finanzmärkten zu erhöhen. Sie sollte nach Ansicht ihrer Befürworter – darunter nicht nur die Protestorganisation Attac, sondern auch die Bundestags-Enquêtekommision Glo-

balisierung – auf sämtliche kurzfristigen Devisenumsätze erhoben werden, zum Beispiel in der Höhe von 0,05% bis 0,25%, und diese somit künstlich drosseln. Der Vorschlag geht auf den Nobelpreisträger James Tobin zurück, der sich in der Folge aber wieder von der Idee distanziert hat.

Die Argumente gegen eine solche Steuer sind in der Tat erdrückend. Am gewichtigsten ist der Verweis auf die Verzerrungen, die sie zur Folge hätte. Wie der Ökonom Karl-Heinz Paqué, heute Finanzminister von Sachsen-Anhalt, einmal formuliert hat: "Eine allgemeine Tobin-Steuer auf Transaktionen an den internationalen Kapitalmärkten ist nichts anderes als eine Steuer auf die Fähigkeit des Marktes, Informationen rasch und effizient zu verarbeiten und in entsprechende Bewertungen der Vermögen umzusetzen." Die Folge wäre nichts anderes als eine verminderte Wertschöpfung, ein geringeres Weltsozialprodukt und ein gebremstes Wachstum.

Ohnehin dürfte die Tobin-Steuer daran scheitern, dass sie von allen Ländern der Welt eingeführt werden müsste, um wirklich zu greifen. Selbst wenn ein solcher Konsens herbeigeführt werden könnte, wäre mit Ausweichreaktionen zu rechnen, die große Verzerrungen verursachen würden: Um die höheren Transaktionskosten zu vermeiden, würden die Akteure versuchen, Devisengeschäfte zu vermeiden, indem sie gleich in den am meisten verbreiteten Währungen fakturierten und handelten. Wahrscheinlich wäre das der Dollar. Das würde die weltweite Liquiditätshaltung noch stärker in den Dollar treiben und das Zahlungsbilanzdefizit der USA billig finanzieren.

Die Konkurrenz verschiedener Währungen auf dem Weltmarkt, die den verantwortlichen Instanzen einen Hinweis auf die richtige Geldpolitik gibt, wäre unterdrückt. Was nach diesen Umgehungsstrategien übrig bliebe, wären die hochriskanten und volatilen Geschäfte, deren Renditehoffnung groß genug ist, um von einer marginalen Umsatzsteuer wie der Tobin-Steuer nicht wesentlich geschmälert zu werden. Auch das dürfte kaum Sinn der Sache sein.

Auch andere Zwangsmaßnahmen zur Einschränkung des Kapitalverkehrs sind nicht sinnvoll. Das zeigen die ernüchternden Erfahrungen mit Kapitalverkehrskontrollen, zu denen manche Länder nach Krisen immer wieder Zuflucht genommen haben, um Zeit zu gewinnen. Erstens verhindern solche Kontrollen gerade das, was ökonomisch vernünftig ist: dass Geldmittel dort investiert werden, wo sie die größte Rendite erwirtschaften. Zweitens tendieren sie dazu, ein falsches Gefühl der Sicherheit zu verleihen. Und drittens bergen Kapitalverkehrskontrollen stets das moralische Risiko, dass die Regierungen Reformen aufschieben, statt unter dem Druck mobilen Kapitals die Voraussetzungen zu schaffen, dass es im Land bleibt.

Wie verheerend eine künstliche Einschränkung der Kapitalmobilität auch unter sozialen Gesichtspunkten wirkt, zeigt auch ein altes deutsches Trauma: die Hyperinflation im Deutschen Reich in den zwanziger Jahren. Sie ist ein klassisches Beispiel für den Missbrauch von staatlicher Macht vor allem gegenüber individuellen Sparern und Anlegern, denen die Wege versperrt wurden, ihr Vermögen ins Ausland zu retten.

3.c. Schuldenerlass

Im Zentrum der Kritik stehen IWF und Weltbank auch deshalb, weil sie sich schwer tun, in Not geratene Länder aus ihren Schulden zu entlasten und weil sie stattdessen neue Kredite mit wirtschaftspolitischen Vorschriften verbinden ("Konditionalität"). Denn die makroökonomischen Stabilisierungsprogramme sind oftmals mit erheblichen sozialen Härten verbunden. Nicht zuletzt die deutschen Kirchen haben sich der Kampagne "Erlassjahr 2000" angeschlossen, um der Schuldenkrise der Dritten Welt ein Ende zu bereiten.

Es gibt in der Tat gute Argumente für einen Schuldenerlass: Zum einen könnte er manchen Ländern die Chance geben, neu zu beginnen. Denn wenn sie die Früchte ihrer Arbeit behalten könnten, anstatt alte Schulden abzutragen, könnte ein selbst tragender Wachstumsprozess in Gang kommen. Dies gilt ganz sicher für die Ärmsten der Armen. Zum anderen sind die Menschen in Schuldnerländern oft auch nur die Opfer von Diktatoren, die internationale Mittel über Jahre hinweg zweckentfremdet haben mit der Folge, dass die Bevölkerung unter den Auswirkungen von Misswirtschaft leidet, die sie nicht zu verantworten hat.

Doch jeder Schuldenerlass birgt ein "moralisches Risiko": Er verführt die Schuldnerstaaten leicht, sich zunächst hoch zu verschulden, um dann die Last auf die Weltgemeinschaft abzuwälzen. Das ist nicht nur ökonomisch, sondern auch moralisch äußerst fragwürdig: Denn das Geld, um das es geht, wird nicht vom IWF gedruckt. Es ist das Geld von unbeteiligten Steuerzahlern, die durch Schuldenerlasse ungefragt zu den Komplizen derer gemacht werden, die das Geld zweckentfremden.

Mit Schuldenerlassen ist daher vorsichtig umzugehen – umso mehr, als sie die Kreditwürdigkeit der betreffenden Länder nachhaltig schädigen. Auch im privaten Umfeld gilt: Wer als Rückzahler einmal ausfällt, gilt nicht mehr als kreditwürdig. Schuldenerlasse dürfen daher möglichst nur einmal – dann aber umfassend – erfolgen und sollten niemals Staaten gewährt werden, deren politisches System nicht vertrauenswürdig ist und

deren wirtschaftspolitische Vorstellungen nicht hinreichend Hoffnung auf eine bessere Zukunft geben.

Der Einwand, dies widerspreche dem nationalen Selbstbestimmungsrecht, ist zynisch; er versucht ökonomische, aber auch moralische Verantwortungsregeln zu ignorieren. Ein Land kann nur soviel ausgeben, wie es hat oder wie Geldgeber ihm guten Glaubens leihen. Wenn es sich den Ansprüchen, die damit verbunden sind, nicht unterwerfen will, darf es kein Geld bekommen. Das widerspricht aber in der Regel den Interessen der Bevölkerung. Nur wenn die Menschen tatsächlich aus eigenen Stücken auf eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage verzichten wollen, ist die nationale Selbstbestimmung in der Hand von Regierungen, die sich einer ökonomischen Disziplin nicht unterwerfen wollen, zulässig. Dafür dürfte es in der Geschichte der Menschheit jedoch schwerlich Beispiele geben. Mit dem Scheinargument der nationalen Selbstbestimmung werden totalitäre Regimes gestützt.

Insofern hat die Konditionalität der oft gescholtenen Bretton-Woods-Institutionen im Zusammenhang mit der Schuldenregulierung von Ländern ihre gute Berechtigung. Ein Rückzug von IWF und Weltbank aus ihrer bisherigen Rolle ist politisch nur schwer vorstellbar. Es gilt, sich darauf zu konzentrieren, richtige Anreize zu geben und bezüglich der Finanzen der Schuldnerländer Transparenz sicher zu stellen – möglichst schon vor Eintritt des Schadensfalles. Durch regelndes Eingreifen dieser Institutionen werden öffentliche Schuldner wieder in den Stand gesetzt, ihre Finanzhaushalte kurzfristig zu ordnen. Und nur so werden sie für private Investoren und Kreditnehmer wieder zu akzeptablen Schuldnern, da ihnen ansonsten – weil nicht kreditwürdig – der Zutritt zu den internationalen Kapitalmärkten verwehrt bleibt.

Hinzu kommt, dass diese Institutionen gegenüber den Schuldnerländern bezüglich Konditionen und Laufzeiten großes Entgegenkommen praktizieren, wie dies private Geldgeber in einem solchen Risikoumfeld niemals zu leisten im Stande und bereit wären.

Trotz dieser Schwierigkeiten hat sich im Laufe der vergangenen 30 Jahre der Anteil privater Gelder, die in Entwicklungsländer fließen, immer mehr erhöht. Diese erfreuliche Tendenz ließe sich verstärken, wenn die Industriestaaten den Entwicklungs- und Schwellenländern einen besseren Zugang zu den Weltmärkten gäben und diese somit umfassender in die Globalisierung eingebunden wären, damit sie stärker von ihr profitieren können.

3.d. Entwicklungszusammenarbeit

Die Entwicklungsländer brauchen Hilfe auf dem Weg in die Globalisierung. Diese zu leisten, gehört zur Verantwortung der Starken gegenüber den Schwachen; sie ist Teil der notwendigen Gestaltung der Globalisierung und selbstverständliche Pflicht für Christen.

Die Entwicklungsländer brauchen vor allem Unterstützung bei der Festlegung geeigneter Rahmenbedingungen für ein gedeihliches Wirtschaften und bei der Qualifizierung ihrer Menschen. Dazu gehört sowohl finanzielle Hilfe im Rahmen einer verantwortlichen Kreditpolitik als auch technische Zusammenarbeit und politische Aufklärung, sowohl multilateral als auch bilateral. Auf multilateraler Ebene sind die Bretton-Woods-Institutionen dabei mittlerweile auf einem guten Weg, indem sie mit ihrer Kreditkonditionalität sowohl makroökonomische Kriterien vorschreiben, um einen dauerhaften und soliden Gesundungsprozess zu sichern, als auch soziale und kulturelle Besonderheiten der jeweiligen Länder berücksichtigen. Beides ist wichtig. Oberste Richtschnur jeder Kooperation muss immer die "Hilfe zur Selbsthilfe" sein. Die Entwicklungsländer dürfen nicht dauerhaft abhängig werden von Hilfe von außen. Es gilt sie in die Lage zu versetzen, ein selbst tragendes Wachstum zu erreichen, das ihnen erlaubt, vom internationalen Handel zu profitieren.

3.e. Marktöffnung und Abbau von Subventionen

Damit möglichst alle Länder der Welt von der Globalisierung profitieren, ist ein Ordnungsrahmen erforderlich: Regeln, die dafür sorgen, dass niemand ausgeschlossen wird, dass Fairness und Chancengleichheit gewahrt sind, dass die Menschenrechte respektiert werden und dass das Geschehen auf dem Weltmarkt nach den Prinzipien verantwortlichen Wirtschaftens erfolgt.

Im Blick auf den Handel ist ein solches Ordnungssystem historisch gewachsen. Die Regeln, deren Einhaltung von der Welthandelsorganisation (WTO) überwacht wird, gewährleisten den Freihandel in einer noch nie dagewesenen Weise. Neben dem Handel von Waren sind seit der Uruguay-Runde von 1994 auch Dienstleistungen und der Schutz von geistigem Eigentum Teil dieser Regeln. Sie werden durch Institutionen zur Sanktionierung von Vertragsverletzungen garantiert. Ein wesentlicher Fortschritt der WTO gegenüber dem Gatt liegt dabei darin, dass ein Mitgliedsland, das bei einem anderen Mitglied eine Regelverletzung wahrnimmt, nicht mehr einseitige Vergeltungsmaßnahmen ergreifen darf. Es muss vielmehr zunächst die WTO-Schiedsstelle anrufen. Alle Beteiligten

haben deren Entscheidung zu respektieren. Dieser berechenbare Ablauf wirkt konfliktmindernd.

Doch ausreichend ist dieses System noch nicht. Der freie Zugang zum Weltmarkt ist gerade für die Entwicklungs- und Schwellenländer, die darauf besonders angewiesen sind, noch immer ein Problem – wegen des Protektionismus der Industriestaaten, der sich sowohl in direkten Handelsbarrieren (Zölle, Einfuhrkontingente) als auch in einer Bevorzugung der heimischen Produktion mit Hilfe von Subventionen ausdrückt.

Bestes Beispiel dafür sind die massiven Stützungsmaßnahmen der Europäischen Union für ihre eigene Landwirtschaft, verbunden mit der Tatsache, daß die EU noch immer ein Drittel ihrer Agrarimporte mit einem Einfuhrzoll von mehr als 15% belegt. Ähnliches gilt für die Textilmärkte, die für die Entwicklungsländer als verlängerte Werkbänke der Lohnveredelung von besonderer Bedeutung sind.

Wie eine Studie der Universität Michigan zeigt, würde allein Westeuropa eine um schätzungsweise 170 Milliarden Dollar höhere Wirtschaftsleistung erzielen können, wenn die noch immer bestehenden Handelsbarrieren nur um ein Drittel gesenkt würden. Aber auch gerade die ärmeren Länder der Welt würden kräftig profitieren. Wie die Wissenschaftler ausgerechnet haben, ließe sich beispielsweise auf den Philippinen ein um 7% höheres Sozialprodukt erwirtschaften. Auf der ganzen Welt könnte das Sozialprodukt um 600 Milliarden Dollar steigen. Es ist daher ein Gebot der Vernunft, darauf hinzuwirken, dass die Schranken für einen freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Menschen und Kapital weiter abgebaut werden – ebenso wie die von Partikularinteressen durchgesetzten Subventionen zugunsten der heimischen Wirtschaft, welche die Entwicklungsländer stets automatisch benachteiligen. Die Bringschuld liegt zuerst in der westlichen Welt.

3.f. Internationale Wettbewerbsordnung

In Folge der zunehmenden Globalisierung wird sich der wohlstandsvermehrnde Mechanismus des freien Spiels von Angebot und Nachfrage und die internationale Arbeitsteilung auf immer mehr Länder ausbreiten. Darin besteht die große Chance der Globalisierung, aber auch ein Gestaltungsauftrag an die politischen Verantwortungsträger in aller Welt.

Denn es besteht immer die Gefahr, dass ein sich selbst überlassener Wettbewerb seine eigenen Grundlagen infrage stellen kann, wenn er zu Vermachtung, der Herausbildung monopolistischer Strukturen und zu Kartellbildung führt. Doch die Globalisierung wirkt dieser Gefahr entge-

gen. Denn je größer der relevante Markt ausfällt, um so zahlreicher sind die potenziellen Mitwettbewerber und um so schwieriger wird es sein, eine marktbeherrschende Stellung aufzubauen und bindende Kartellabsprachen durchzusetzen. Ganz auszuschließen ist diese Gefahr jedoch nicht. Um so wichtiger wird es, bei zunehmender grenzüberschreitender Verflechtung auch die wettbewerbspolitischen Rahmenbedingungen international verbindlich zu machen. Ein solcher Ordnungsrahmen ist auch deshalb notwendig, da der internationale Handel häufig aufgrund der fehlenden Wettbewerbsintensität von Zulieferern, Dienstleistern und Vertriebsunternehmen auf den nationalen Märkten scheitert. Auch hier sind eindeutige und für alle gültige Regeln erforderlich.

In der Europäischen Union liegen bereits positive Erfahrungen mit einer supranationalen Wettbewerbspolitik vor. Auch zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten gibt es ermutigende Ansätze, wettbewerbspolitische Streitfälle nicht mehr durch das gegenseitige Androhen oder Verhängen handelspolitischer Sanktionen, sondern durch bilaterale Übereinkünfte zu lösen. Dies gilt es fortzuentwickeln.

Mit Blick auf die Finanzmärkte ist dafür zu sorgen, daß deren Funktionsfähigkeit nicht etwa gebremst, sondern fortentwickelt wird. Hierfür müßte man den IWF in die Pflicht nehmen. Er sollte sich noch stärker als bisher auf die Vermeidung von Finanzkrisen konzentrieren. Deshalb sollte er eine Führungsrolle in der Überwachung der Einhaltung von international vereinbarten Verhaltenskodizes für das Geld- und Kreditgewerbe übernehmen. Dazu zählen auch globale Aufsichts- und Transparenzstandards. Schließlich sollte er die Anwendung der Beschlüsse des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht zu Eigenkapitalanforderungen für Kreditinstitute in den IWF-Beistandskandidaten überwachen. Durch die Veröffentlichung von Daten über die Staatsverschuldung, die Kreditsalden und die Verbindlichkeitsstruktur der Privatwirtschaft, über Bilanzierungsregeln der Banken, das Konkursrecht und Eigentumsverflechtungen kann er den Marktteilnehmern wichtige Indizien über die Krisenanfälligkeit von Ländern geben und die Fehlleitung von privaten und öffentlichen Geldern erheblich eindämmen. Die Institutionen für solch einen Prozess sind vorhanden, der gemeinsame politische Wille bedarf noch der stärkeren Akzentuierung.

Schlusswort

Die Globalisierung schafft weder eine heile, noch eine perfekte Welt.

Aber sie bietet eine Vielzahl von Chancen wirtschaftlicher, politischer, kultureller und gesellschaftlicher Natur - für alle Menschen. Diese Chancen der marktwirtschaftlichen Globalisierung gilt es zu erkennen und zu gestalten – gerade im Interesse der Armen und Schwachen. Dafür brauchen wir einen globalen Ordnungsrahmen und die Unterstützung freiheitlicher und rechtsstaatlicher Demokratien mit leistungsfähigen supranationalen Finanzinstitutionen.

In 25 Jahren werden wahrscheinlich 2 Milliarden mehr Menschen die Erde bevölkern als heute. Rund 97% dieser zusätzlichen Bevölkerung werden in Länder hineingeboren, die heute noch Entwicklungsländer sind.

Helfen wir Ihnen, dass sie teilhaben können an den Chancen der Globalisierung.

Literaturhinweise

Deutsche Bischofskonferenz (Hg.): Die vielen Gesichter der Globalisierung. Perspektiven einer menschengerechten Weltordnung. Eine Studie der Sachverständigengruppe "Weltwirtschaft und Sozialethik" und der kirchlichen Werke Adveniat, Caritas international, Misereor, missio Aachen, missio München und Renovabis, Bonn, November 1999.

Deutsche Bischofskonferenz (Hg.): Globale Finanzen und menschliche Entwicklung, Eine Studie der Sachverständigengruppe "Weltwirtschaft und Sozialethik", Bonn, Dezember 2001.

Enquête-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten": Schlußbericht. Berlin 2002.

Evangelische Kirche in Deutschland: Globale Wirtschaft verantwortlich gestalten, Kundgebung zum Schwerpunktthema der 6. Tagung der 9. Synode vom 4. bis 9. November 2001, http://www.ekd.de/synode2001/aufbau_beschluesse_globalewirtschaft.html.

Fraser Institute: "Economic Freedom of the World". Vancouver 2002.

IW: Globalisierung und Armut. Reihe Wirtschaft und Unterricht, Köln, 1. November 2001.

Heritage Foundation: "Index of Economic Freedom". Washington 2002.

Henning Klodt: Wege zu einer globalen Wettbewerbsordnung. Academia, Sankt Augustin 2003.

Klaus Müller: Globalisierung. C.H. Beck, München 2002.

Johan Norberg: In Defence of Global Capitalism. Timbro, Stockholm 2001.

Karl-Heinz Paqué: Kein Bedarf an Sand im Getriebe. F.A.Z. vom 20. Oktober 2001.

Carl Christian von Weizsäcker: Logik der Globalisierung. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1999.

Globalisierung - Chance für alle

10 Thesen

1. Die Globalisierung stärkt die individuellen Freiheiten und fördert die allgemeine wirtschaftliche Effizienz. Durch den Freihandel gelangen tendenziell die mobilen Faktoren in die produktivsten Verwendungsrichtungen, das Kapital wandert "zum besten Wirt". Das setzt allerdings entsprechende Rahmenbedingungen voraus, allen voran Rechtssicherheit und Garantie des privaten Eigentums. Die Globalisierung ist kein Nullsummenspiel, sondern ein Prozess in dessen Verlauf "der Kuchen" größer wird, an dem alle teilhaben können und sollen.

2. Die Sorge vor wachsender Ungleichheit im Zuge der Globalisierung führt in die Irre. Nicht ökonomische Gleichheit kann das Ziel sein, sondern Hilfe für den, der in der konkreten Situation zum Nächsten wird. Zudem liegt dem tatsächlich wachsenden Abstand zwischen den Reichsten und den Ärmsten eine allgemeine, absolute Niveauanhebung zugrunde. Niemals zuvor in der Geschichte hat sich die Lebenssituation so vieler Menschen auf der Welt so rasch so deutlich verbessert wie in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts - vor dem Hintergrund der Globalisierung. Sie ist nicht der Feind der Armutsbekämpfung, sondern deren größte Chance.

3. Die Globalisierung führt dazu, daß der Standortwettbewerb an Intensität gewinnt. Das ist heilsam: Wenn Waren und Dienstleistungen, Rohstoffe, Arbeitskräfte und Geldmittel nicht künstlich an einer Ortsveränderung gehindert werden, dann wandern sie stets "zum besten Wirt", wo sie die größte Wertschöpfung erzielen können. Für Deutschland heißt das nicht, daß Arbeitsplätze immer knapper werden und die Löhne sinken. Denn grundsätzlich folgt aus dem Druck des globalen Wettbewerbs

nur, daß sich die Lohnstückkosten angleichen. Ein Hochlohnland wie Deutschland braucht nicht die Löhne zu senken, um seine Arbeitsplätze zu bewahren, solange die Produktivität hoch genug bleibt. Auch der Sozialstaat ist nicht ernstlich in Gefahr, solange den hohen Steuern und Abgaben zur Finanzierung der sozialen Sicherung eine angemessene Gegenleistung gegenübersteht.

4. Der Handlungsspielraum der Politik wird schmaler – aber vor allem für schlechte Politik. Sich dem entgegenzustellen, würde bedeuten, den Regierungen ein Recht auf schlechte Politik einzuräumen. Die Globalisierung erleichtert vielmehr gute Politik: Sie ist leichter durchzusetzen, wenn die Vertreter von Partikularinteressen, die der Allgemeinheit schaden, immer öfter damit rechnen müssen, ihre Interessen nicht mehr durchsetzen zu können.

5. Zur Abfederung der sozialen Anpassungslasten der Globalisierung sind Sozialstandards kein unproblematisches Instrument. Sie bedeuten immer eine Verteuerung der Arbeit in den Entwicklungsländern. Wenn die Produktivität der Arbeit diese Verteuerung nicht deckt, sind weniger Beschäftigung oder geringere Löhne die Folge. Ein solcher Protektionismus nimmt den Menschen aus Entwicklungsländern die Chance, sich durch Einsatz ihrer Arbeitskraft aus der eigenen Misere zu befreien.

6. Auch eine Tobin-Steuer und andere Einschränkungen des freien Kapitalverkehrs sind nicht sinnvoll. Sie schmälern nur die Fähigkeit des Marktes, Informationen rasch und effizient zu verarbeiten und die daraus resultierenden Erkenntnisse umzusetzen. Die Folge wäre nichts anderes als eine verminderte Wertschöpfung, ein geringeres Weltsozialprodukt und ein gebremstes Wachstum. Darunter leiden in erster Linie die armen Länder, also diejenigen, denen man eigentlich helfen wollte.

7. Mit Schuldenerlassen ist vorsichtig umzugehen. Sie schädigen die Kreditwürdigkeit der betreffenden Länder nachhaltig und versperren den Zugang zu den Kapitalmärkten. Vielmehr sollten die internationalen Finanzorganisationen wie IWF und Weltbank neue Kreditvergaben "konditionieren", d.h. die Nehmerländer auf die Erfüllung demokratischer und marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen verpflichten.

8. Die Entwicklungsländer brauchen Unterstützung bei der Festlegung geeigneter Rahmenbedingungen für ein gedeihliches Wirtschaften und bei der Qualifizierung ihrer Menschen. Dazu gehören direkte finanzielle Hilfe, eine verantwortliche Kreditpolitik, technische Zusammenarbeit und politische Aufklärung. Oberste Richtschnur jeder Kooperation muss immer die "Hilfe zur Selbsthilfe" sein.

9. Erste Pflicht der Industriestaaten ist jedoch konsequente Marktöffnung und Abbau von Subventionen. Der freie Zugang zum Weltmarkt ist noch immer ein Problem – aufgrund des Protektionismus der Industriestaaten, der sich sowohl in direkten Handelsbarrieren (Zölle, Einfuhrkontingente) als auch in einer Bevorzugung der heimischen Produktion mit Hilfe von Subventionen ausdrückt (Auch Deutschland ist Teil dieser Fehlentwicklung. Es sei nur an die Subventionen für Landwirtschaft, Schiffbau und Kohleförderung gedacht).

10. Eine internationale Wettbewerbsordnung ist notwendig, um die Vorteile der Globalisierung allen Ländern der Welt zu ermöglichen. Die Schaffung hierfür geeigneter Institutionen und die politische Bereitschaft sich hierfür einzusetzen ist bei den Industrieländern anzumahnen. Mit Blick auf die Finanzmärkte ist dafür zu sorgen, dass deren Funktionsfähigkeit nicht etwa gebremst, sondern fortentwickelt wird. Der IWF sollte sich stärker auf die Vermeidung von Finanzkrisen als auf deren Aufarbeitung konzentrieren. Deshalb sollte er eine Führungsrolle in der Überwachung der Einhaltung von international vereinbarten Verhaltenskodizes für das Geld- und Kreditgewerbe übernehmen. Dazu zählen auch die Entwicklung globaler Aufsichts- und Transparenzstandards.

Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer in Deutschland e. V.

Der Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer ist ein Zusammenschluß von evangelischen Unternehmerinnen und Unternehmern sowie Führungskräften mit unternehmerischen Aufgaben, die ihre Verantwortung in Kirche und Gesellschaft wahrnehmen. Der AEU hat das Ziel, der Kirche Kenntnisse über wirtschaftliche Zusammenhänge zu vermitteln und auch Verständnis für konkrete unternehmerische Entscheidungen zu wecken. Das zentrale Anliegen des Arbeitskreises ist es, den Dialog zwischen Kirche und Wirtschaft verantwortlich mitzugestalten.

Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer
in Deutschland e. V.

Karlstraße 84
76137 Karlsruhe

Tel. (0721) 35 23 70

Fax (0721) 35 23 77

E-Mail: info@aeu-online.de

www.aeu-online.de

Bund Katholischer Unternehmer e. V.

Dem 1949 gegründeten Bund Katholischer Unternehmer gehören rund 1.200 Unternehmer, Selbständige und leitende Angestellte an. Der BKU ist bundesweit in 36 Diözesangruppen gegliedert. Seine Arbeitskreise erstellen innovative Konzepte zu aktuellen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Bund Katholischer Unternehmer e. V.

Georgstraße 18
50676 Köln

Tel. (0221) 272 37-0

Fax (0221) 272 37-27

E-Mail: service@bku.de

www.bku.de